

## Zitat:

«Ich vertrete die andere Hälfte der CVP-Fraktion.»

Gemeinderat Rolf Weibel in der Ratsitzung vom Montag, als er im Gegensatz zu anderen Mitgliedern seiner Fraktion Zustimmung zu den Kürzungen der Treuprämien fürs städtische Personal bekundete. Ein kleiner Schönheitsfehler nur: Weibel ist nicht Mitglied der CVP, sondern der EVP. Über den Ursprung der konfessionellen und parteipolitischen Verwirrungen des Herrn W. kann nur spekuliert werden. Nahe liegend scheint aber das sogenannte Dolski-Syndrom. Wie auf Gemeinderätin Dolski – die schon immer neben der CVP-Fraktion sass und sich dieser nach ihrem Austritt aus der SP anschloss – übt die katholische Aura offenbar auch auf Rolf Weibel eine mystische Anziehung aus. **nm.**

# Fussball und die Männerpsyche.



Zum Fussballschwerpunkt im «Stadtblatt» vom 17. Juni und zur Carte blanche von Julia Onken «Fussball – nein danke!» in der Ausgabe vom 24. Juni:) Wer wüsste nicht, dass in diesen unseligen Zeiten Männergespräche sich um Fussball drehen: Der Ball ist rund, eine Weisheit, die uns Männern schon der berühmte deutsche Philosoph Sepp Herberger mit auf den Weg gab. Ein Fussballspiel dauert 90 Minuten, das Leben etwas länger. Mit solch fahlen Einsichten ist unsere männliche Psyche nun mal austapeziert. Frau Nicole Meier und ihresgleichen mögen diese karge Ausstattung wortreich beklagen und die ebenso unermüdliche wie unvermeidliche Fachfrau für männliches Gebaren, Julia Onken, zu Hilfe rufen. Aber leider sind deren Einlassungen bestenfalls als Trostspende für dem Fussball abholde Frauen geeignet. Ihr Bekenntnis, dass die Fussballwelt nicht die ihre

sei, hindert sie nicht daran, sich über eine Seite darüber zu ergiessen. Sei's drum, die Frau tut ihre Pflicht, und allen Onkenrufen zum Trotz wird dieser «legalisierte Krieg» bis zum bitteren Ende ausgefochten. Es wäre schön, wenn sich dadurch nicht legalisierte Kriege, wie etwa jener im Irak, vermeiden liessen. Frau Onken spricht von Angriff und Verteidigung, Kampf etcetera, einem aus dem Krieg entlehnten Vokabular, als ob dieses, in unserem von der vorgeblichen Logik der Ökonomie diktierten gesellschaftlichen Leben, von Managern – zugegeben meist Männern – nicht ständig bemüht würde. Ist dieser übermächtige Primat der Wirtschaft auch ein Aspekt eines «legalisierten Krieges»? Frau Onken ist, wie gesagt wird, eine so genannte Bestsellerautorin und bedient einen Markt genauso, wie es ein talentierter Fussballspieler tut. Einer, der sich vielleicht aus den Favelas am Rande von Rio weg und in

die höheren Sphären der Gesellschaft empor gekickt hat. Wir aber wissen nun, dass sie die Künste eines Jongleurs, Beckham hin oder her, vorzieht. Dieser mag pubertierende Schulmädchen in Ekstase versetzen, während jener mit seiner edlen Kunst in Schönheit sterben wird. Frau Onken spricht abschliessend von übervollen Stadien und leeren Kirchen. In welchem Land oder in welcher Stadt lebt sie, wann war sie wohl das letzte Mal auf der Schützenwiese? Gewiss, ein bisschen Kant, 200 Jahre nach seinem Tod, muss sein, denn der kategorische Imperativ liesse sich sowohl in der Fussballwelt wie sonst wo anwenden. Ebenso wie Wittgensteins Erkenntnis, dass, worüber man nicht sprechen könne, schweigen solle. Doch schliesslich fragte er ja auch: Haben die Philosophen bisher immer Unsinn geredet?

**Heinz Abler**, Winterthur.

## Kein Ausweis ohne Ausweis.

Am 5. Januar 2004 reichte ich als Kantonsrat ein Postulat (KR-Nr. 2/2004) ein mit der Forderung an den Regierungsrat des Kantons Zürich, die Praxis für das Erlangen des schweizerischen Führerausweises so zu ändern, dass Asylsuchende, die sich ohne rechtsgültige Identitätspapiere in der Schweiz aufhalten, keinen Lern- beziehungsweise Führerausweis beantragen können. In der Antwort des Regierungsrats vom 7. April 2004 äusserte sich dieser dahin gehend, dass der Inhalt des Postulats zwar zum Teil zutrefte und unbefriedigend sei, er aber aufgrund seiner Kompetenz dieses Anliegen an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) nach Bern weiterleiten müs-

se, zumal die geltende Rechtsprechung keine andere Praxis zulasse. Gestützt auf die guten Beziehungen zu Bundesbern und dessen Volksvertretern sowie die seit Wochen in allen Medien verbreiteten Nachrichten betreffend die schrecklichen Raserunfälle hat zu meiner Freude gestern das EJPD in schon beinahe rekordverdächtiger Zeit bekannt gegeben, dass das Bundesamt für Strassen (Astra) eine neue Weisung erlassen musste, wonach Personen ohne rechtsgültige Ausweise oder Papiere nicht mehr ohne weiteres einen Lern- und Fahrausweis erlangen können. Für den Kanton Zürich heisst das, dass Personen, deren Identität nicht feststeht, ab sofort keine Lern- oder Führerausweise

mehr erhalten werden. Vor allem der Ausweis N für Asylsuchende, deren Personalien in sehr vielen Fällen meistens eine Farce war, genügt ab heute nicht mehr als Ausweisdokument. So gesehen darf man sicher sagen, dass mit dem notwendigen Druck von Seiten der Medien und der Politik halt doch mehr bewegt werden kann, als es so viele Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen wollen. Mit einer gewissen Sturheit und Hartnäckigkeit kann halt auch heute noch sehr viel bewegt werden in unserem Kanton und Land. Ich danke allen für die stets gute Zusammenarbeit.

**René Isler**, SVP-Kantonsrat, Winterthur.

## «SP goes Vernunft.»

Zu Jacqueline Fehrs Kolumne «Der neue Stil: FDP goes Demo» in der «Stadtblatt»-Ausgabe vom 24. Juni:) Ausserordentliche Situationen erfordern ausserordentliche Massnahmen. Aus diesem Grund ist die FDP auch auf die Strasse gegangen und bezieht für das Stadion in Zürich und die Europameisterschaften 2008 klar Position. Andere Parteien – von der FDP zur Teilnahme eingeladen – haben sich geziert und die verpasste Chance schnell bereut. Die Aktion wurde ein Erfolg. Jacqueline Fehr unterstellt der FDP, «mit billigen Shows den Kampf gegen den Umweltschutz zu verstärken». Da irrt sie sich gewaltig. Erstens hat die FDP ihren Tatbeweis für

einen vernünftigen Umweltschutz längst und mehrfach erbracht. Zweitens bekämpft die FDP den Missbrauch des Verbandsbeschwerderechts – der Fall des Stadions Zürich hätte das eindrücklicher nicht zeigen können – und die fatale Entwicklung, dass zunehmend der Rechtsweg die Politik bestimmt. Weil der Wille zum Konsens fehlt, wird je länger, je mehr alles blockiert und Politik mit Rekursen gemacht. Auch der SP sollte diese Entwicklung zu denken geben, und sie sollte wirksame Massnahmen dagegen ergreifen. Angepasster ist deshalb die Forderung «SP goes Vernunft».

**Dieter Kläy**, Präsident FDP Winterthur.

## Briefe.

Liebe Leserinnen, liebe Leser. Auf diesen Seiten sind Ihre Meinungen zu ärgerlichen, erfreulichen oder aufwühlenden Themen und Erlebnissen des täglichen Stadtlebens gefragt und sehr erwünscht! Auch Feedback auf Artikel und Kolumnen, die im «Stadtblatt» erschienen sind, wird gerne publiziert. Die Redaktion behält es sich auf diesen beiden Seiten vor, die eingesandten Leserbriefe nach allgemeinem Kürzungsrecht dem Sinn nach zu redigieren und gegebenenfalls zu kürzen. Bitte senden Sie Ihre Beiträge an: «Stadtblatt», Garmarkt 1, Postfach 2411, 8401 Winterthur; Fax: 052 212 75 07; E-Mail: redaktion@stadtblatt.ch.

**Redaktion & Verlag.**

## Mythos Mutterschaftsversicherung.



Intermezzo.

Eines muss ich der SP-Fraktion im Gemeinderat lassen: Sie agiert taktisch geschickt. Zumindest der Fraktionschef und der Parteipräsident sind hier gemeint. Schon zum zweiten Mal hat die SP im Gemeinderat nämlich einen Vorstoss zu einer bevorstehenden Abstimmung eingereicht, konkret eine schriftliche Anfrage zu den finanziellen Auswirkungen bei der Einführung der Mutterschaftsversicherung.

Für die Beantwortung dieser schriftlichen Anfrage hat der Stadtrat nun drei Monate Zeit. Man rechne: Eingereicht wurde dieser Vorstoss am letzten Montag, dem 28. Juni. Drei Monate Zeit zur Beantwortung ergäbe ungefähr den 28. September. Da die Abstimmung über die Mutterschaftsversicherung aber am 26. Sep-

tember stattfindet, würde eine spätere Beantwortung kaum Sinn machen.

■ ■ ■

Aus diesem Grund und weil ich den Stadtrat mittlerweile kenne, bin ich der festen Überzeugung, dass die Beantwortung Mitte August vorliegen wird. Nicht weil der Stadtrat besonders fleissig ist, sondern weil diese Abstimmung leider einmal mehr in seinem Sinne ist. So wie beim letzten geschickten Vorstoss von Nicolas Galladé – für die Antwort hat sich der Stadtrat nicht einmal eineinhalb Monate Zeit gelassen. Es wird den werdenden Müttern nicht besser gehen, wenn die Stadt Winterthur bei einer Annahme der Mutterschaftsversicherung finanziell entlastet würde. Denn die meisten von uns bezahlen Steuern in Winterthur, im Kanton Zürich und auch an den Bund. Nicht zu vergessen ist die unsozialste Steuer von allen, die Mehrwertsteuer (MWST), die der Bundesrat und das Parlament laufend erhöhen wollen, um die maroden Sozialwerke zu sichern.

■ ■ ■

Und genau darauf läuft es bei der Mutterschaftsversicherung hinaus. Der 14-wöchige Mutterschaftsurlaub, der jährlich 483 Millionen Franken kosten würde, soll über die noch gesunde Erwerbsersatzordnung

finanziert werden. Es ist nicht so, dass dieses Kässeli gefüllt ist und nur darauf wartet, geplündert zu werden. Nein, innert weniger Jahre würde auch diese Kasse leer sein und gezwungenermassen über eine Erhöhung der MWST wieder gefüllt werden müssen, um die Mutterschaftsurlaube überhaupt bezahlen zu können. Das ist unsozial und gegenüber den Jungen und der kommenden Generation unverantwortlich!

■ ■ ■

Appellieren möchte ich an den Gewerbeverband, den Arbeitgeberverband und die Arbeitgeber, die nun pro-aktiv diese staatliche Mutterschaftsversicherung befürworten. Es ist schön, wenn Sie uns Frauen einen langen Mutterschaftsurlaub gönnen. Es ist schön, wenn Sie uns Kinderhorte gönnen. Und es ist schön, wenn wir Frauen auf dem Arbeitsmarkt so gebraucht werden, wie etwa von Peter Hasler vom Arbeitgeberverband überall und immer wieder betont wird. Es tut mir Leid, meine Herren: Sie, die mir sonst immer so wohlgesinnt sind – aber in diesem Fall muss ich Ihnen sagen: Lassen Sie Ihren Worten Taten folgen. Jedoch nicht staatlich finanziert, sondern durch Sie selber!

■ ■ ■

**Natalie Rickli.**



Pfarrgasse 2, 8400 Winterthur, Tel./Fax 052 202 14 34